

**Schriften zum Umweltrecht**

---

**Band 91**

# **Eigentum an Naturgütern**

**Zuordnung und Unverfügbarkeit**

**Von**

**Hanno Kube**



**Duncker & Humblot · Berlin**

*Hanno Kube* · Eigentum an Naturgütern

# **Schriften zum Umweltrecht**

Herausgegeben von Prof. Dr. Michael Kloepfer, Berlin

**Band 91**

# Eigentum an Naturgütern

Zuordnung und Unverfügbarkeit

Von

Hanno Kube



Duncker & Humblot · Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Kube, Hanno:**

Eigentum an Naturgütern : Zuordnung und Unverfügbarkeit / von

Hanno Kube. – Berlin : Duncker und Humblot, 1999

(Schriften zum Umweltrecht ; Bd. 91)

Zugl.: Heidelberg, Univ., Diss., 1998

ISBN 3-428-09607-X

D 16

Alle Rechte vorbehalten

© 1999 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fotoprint: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin

Printed in Germany

ISSN 0935-4247

ISBN 3-428-09607-X

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 

## Vorwort

Während eines Studienaufenthaltes an der Cornell University/New York lernte ich die Public Trust Doctrine des amerikanischen Umweltrechts kennen und stellte Ähnlichkeiten der normativen Vorgaben des Rechtsinstituts zu einzelnen umweltrechtlichen Eigentumsregelungen in Deutschland fest. Diese Feststellung weckte mein Interesse, den Tatbestand des nach Art. 14 GG geschützten Eigentums an Naturgütern näher zu untersuchen. Die sich zunehmend ausweitende Untersuchung wurde im Frühjahr 1998 als Dissertation an der Juristischen Fakultät der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg abgeschlossen. Literatur und Rechtsprechung konnten bis März 1998, vereinzelt noch darüber hinaus, berücksichtigt werden.

Danken möchte ich an erster Stelle meinem verehrten akademischen Lehrer, Herrn Prof. Dr. Paul Kirchhof, für seine fortwährende Unterstützung und Förderung, die nicht nur wesentlich zum Gelingen dieser Arbeit beitrugen, sondern meine gesamte juristische Ausbildung begleiteten. Seine Anregungen, seine Wegweisungen und sein Vorbild prägen mein juristisches Denken, was auch in der vorliegenden Untersuchung vielfachen Ausdruck findet.

Mein besonderer Dank gilt daneben Herrn Prof. Dr. Winfried Brugger für die rasche Erstellung des Zweitgutachtens und die weiterführenden rechtstheoretischen Hinweise, die ich auch in Zukunft im Auge behalten werde.

Für fruchtbare und interessante Gespräche, die auf die Entstehung der Arbeit von Einfluß waren, danke ich Herrn Prof. Gregory Alexander und Herrn Prof. Dr. Werner Böhrer, daneben den Mitgliedern des Arbeitskreises Rechtsphilosophie der wissenschaftlichen Mitarbeiter im Öffentlichen Recht an der Universität Heidelberg. Martin Bürmann, Stefan Geserich, Malte Graßhof, Dr. Gerd Morgenthaler, Anja Schoeller-Schletter, Marc Schütze, Christian Seiler und andere förderten den Schaffensprozeß durch fachliche Kritik und freundschaftliche Aufmunterung.

Herrn Prof. Dr. Michael Kloepper gebührt mein Dank für die Aufnahme der Arbeit in die Reihe „Schriften zum Umweltrecht“.

Mit großer Zuverlässigkeit wurde die Druckvorlage von Jan Merzrath erstellt.

Gewidmet sei die Arbeit in herzlichster Dankbarkeit meinen Eltern.

Heidelberg, im September 1998

*Hanno Kube*



# Inhaltsverzeichnis

## *Einleitung*

### **Naturgüterschützende Eigentumsausgestaltung – Perspektivenwechsel**

<b>§ 1 Der Blick vom Naturgut her</b> .....	15
<b>§ 2 Naturgüter und naturgüterschützende Eigentumsausgestaltung</b> .....	20

## *Erster Teil*

### **Gegenständliche Unverfügbarkeit als Inhalt der Eigentumsausgestaltung**

<b>§ 3 Die naturgüterschützende Ausgestaltung des verfassungsrechtlichen Eigentums</b> .....	24
A. Ausgangsbeispiel: Grundeigentum und Gewässernutzung .....	24
B. Verfassungsrechtliches Eigentum und die Gewährleistung seines Schutzes .....	25
C. Suche nach einem verfassungsrechtlichen Eigentumstatbestand .....	26
I. Die „private vermögenswerte Rechtsposition“ .....	26
II. Ein verallgemeinerungsfähiger Eigentumstatbestand? .....	36
D. Die Dogmatik zur verfassungsrechtlichen Eigentumsgewährleistung .....	37
I. Einfachrechtliche Ausgestaltung und verfassungsrechtliche Gewährleistung des Eigentums .....	37
II. Die Systematik des Art. 14 GG .....	37
III. Die Eigentumsgewährleistung gemäß Art. 14 Abs. 1 Satz 1 GG .....	38
1. Bestandsgarantie .....	39
2. Einrichtungsgarantie .....	40
IV. Die Sozialbindung gemäß Art. 14 Abs. 2 GG .....	42
V. Die Befugnis zur Inhaltsbestimmung gemäß Art. 14 Abs. 1 Satz 2 GG .....	44
1. Trennung zwischen Inhalt und Schranken? .....	44



2. Die legislative Inhaltsbestimmung im Spannungsverhältnis zwischen Eigentumsgewährleistung und Sozialbindung .....	47
a) Verfassungsrechtliche Vorgaben .....	47
b) Vorgaben aus der Bestandsgarantie? .....	51
VI. Die Enteignung gemäß Art. 14 Abs. 3 GG .....	53
1. Die Entwicklung der Enteignungsdogmatik .....	53
2. Das formale Verständnis des Art. 14 Abs. 3 GG .....	58
a) Elemente des Enteignungsbegriffs .....	58
b) Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen von Enteignungen .....	62
VII. Inhaltsneubestimmungen .....	68
1. Ausgangspunkt: Die typologische Unterscheidung nach dem Zweck der Maßnahme .....	68
2. Die Überleitungsproblematik .....	69
a) „Zugleich enteignende Inhaltsbestimmung“ und „Umgestaltung“ .....	69
b) Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen der „Umgestaltung“ .....	75
aa) Das Gebot schonender Übergänge .....	75
bb) Ausgleichspflichtigkeit / Die „ausgleichspflichtige Inhaltsbestimmung“ .....	76
cc) Insbesondere: Die „Situationsgebundenheit“ des Grundeigentums .....	85
3. Zuordnung zu den Inhaltsbestimmungen in Sonderfallgruppen von Eigentumsbeeinträchtigungen .....	88
VIII. Enteignender und enteignungsgleicher Eingriff .....	90
IX. Zusammenfassung .....	96
X. Offene Fragen .....	100
E. Der verfassungsrechtliche Eigentumstatbestand .....	102
I. Der Ausgangsbefund der Dogmatik zu Art. 14 GG .....	102
II. Die Gewährleistungsinhalte des verfassungsrechtlichen Eigentums .....	103
1. Zuordnung eines außerrechtlichen Eigentumsgegenstandes .....	103
2. Handlungsbefugnisse .....	105
3. Abhängigkeit der Handlungsbefugnisse von der Zuordnung .....	105
4. Verfassungsrechtlicher Eigentumsschutz .....	106
5. „Neues“ Eigentum und gegenständliche Rückbindung .....	107
a) Die Rechtsgeprägtheit des „neuen“ Eigentums, insbesondere an subjektiven öffentlichen Rechten und an Forderungen des Privatrechts .....	107

b) Perspektiven eines „neuen Gegenstandsdenkens“ .....	110
aa) Geistiges Eigentum .....	110
bb) Das Besitzrecht des Mieters am Wohnraum .....	111
cc) Steuerjuristisches Eigentum .....	113
c) „Autonomiedenken“ und „Güterdenken“ .....	114
6. Die Gegenständlichkeit der Naturgüter .....	115
F. Naturgüterschützende Eigentumsausgestaltung .....	115
I. Wasser .....	115
1. Gesetzliche Ausgestaltung des Grundeigentums .....	115
2. Interpretation in Rechtsprechung und Literatur .....	116
3. Regelung der Zuordnung oder der Handlungsbefugnisse? .....	122
II. Arten und Biotope .....	124
1. Gesetzliche Ausgestaltung des Grundeigentums .....	124
2. Interpretation in Rechtsprechung und Literatur .....	127
3. Regelung der Zuordnung oder der Handlungsbefugnisse? .....	131
III. Naturhaushalt und Landschaftsbild .....	133
1. Gesetzliche Ausgestaltung des Grundeigentums .....	133
2. Interpretation in Rechtsprechung und Literatur .....	136
3. Regelung der Zuordnung oder der Handlungsbefugnisse? .....	138
IV. Normwirkung innerhalb des verfassungsrechtlichen Eigentumstatbestandes .....	139
1. Uneinheitlichkeit der Interpretation .....	139
2. Die Frage nach dem Eigentumsgegenstand .....	142
<b>§ 4 Eigentumsgegenständlichkeit</b> .....	144
A. Der legislativ gestaltbare Eigentumsgegenstand .....	144
B. Die Aufgabe einer weiteren Konkretisierung der „naturgutzentrierten“ Norminterpretation .....	145
<b>§ 5 Die Public Trust Doctrine: Gegenständliche Unverfügbarkeit</b> .....	146
A. Vom römischrechtlichen Gedanken der „res communes“ zur amerikanischen Public Trust Doctrine .....	147
B. Verfassungsrechtlicher Eigentumsschutz und Umweltrecht in den USA .....	151
I. Verfassungsrechtliches Eigentum, Due process und die Takings clause .....	151
II. Geschriebenes Umweltrecht und überkommenes Common Law .....	156
III. Verfassungsrechtlicher Eigentumsschutz und die Public Trust Doctrine .....	157
C. Die Public Trust Doctrine im gegenwärtigen amerikanischen Recht .....	158

I. Die Public Trust Doctrine und andere Theorien zur Durchsetzung öffentlicher Umweltinteressen .....	158
1. Die Navigation servitude .....	159
2. Die Federal reserved rights doctrine .....	159
3. Die Custom rule .....	160
II. Anwendungsbereich der Public Trust Doctrine .....	161
1. Judikative Anwendungen .....	161
a) Sachlicher Anwendungsbereich .....	161
b) Personeller Anwendungsbereich und gerichtliche Prüfungsmaßstäbe ..	163
aa) Privatbürger gegen den Staat .....	163
bb) Privatbürger gegen andere Privatbürger .....	165
cc) Der Staat gegen Privatbürger .....	165
2. Legislative Anwendungen .....	166
3. Ökologischer Wert, Ökosysteme und Entwicklungsoffenheit .....	168
4. Faktoren der Entwicklung .....	169
III. Begründungen der Public Trust Doctrine .....	170
1. Tradition .....	170
2. Materielle Rechtfertigungen .....	171
3. Indirekte Demokratisierung .....	172
4. Die „Hard look“-Doktrin .....	173
5. Bestätigung legitimer Erwartungen .....	174
6. Marktversagen .....	175
7. Zusammenfassung .....	176
IV. Die Public Trust Doctrine im Rahmen des verfassungsrechtlichen Eigentumstatbestandes .....	177
1. Die Kritik Huffmans .....	177
2. Die Public Trust Doctrine in der Rechtsprechung zum kalifornischen Wasserrecht .....	178
a) Das „Riparian rights system“ und das „Appropriation system“ .....	178
b) Naturgemäße Nutzung, vernünftige Nutzung und weitere Verteilungskriterien .....	179
c) Die Stellung der Public Trust Doctrine .....	180
3. Die Public Trust Doctrine im Tatbestandsbereich der gegenständlichen Zuordnungen .....	183
D. Gegenständliche Unverfügbarkeit als Kerngehalt der Public Trust Doctrine .....	184

I. Zuordnung von Naturgütern an die Allgemeinheit .....	184
II. Rechtsfolgen der Zuordnung .....	185
III. Gegenständliche Unverfügbarkeit von Naturgütern .....	186
IV. Gegenständliche Unverfügbarkeit und die Konkretisierung der „naturgut- zentrierten“ Norminterpretation .....	188
<b>§ 6 Eigentumsausgestaltung durch die „Bestimmung unverfügbarer Natur- güter“ .....</b>	<b>189</b>
A. Perspektivenwechsel: Der Eigentumsgegenstand aus dem Blickwinkel unverfüg- barer Naturgüter .....	189
I. Unverfügbarkeit .....	189
1. Außerrechtliche Formen .....	189
2. Unverfügbarkeit im positiven Recht .....	194
a) Quellen und Adressaten der Vorgabe .....	194
b) Objekte der Unverfügbarkeit .....	198
II. Unverfügbarkeit im Sinne der Public Trust Doctrine .....	199
III. Eignung zur Konkretisierung der „naturgutzentrierten“ Norminterpretation ..	201
IV. Gegenständliche Unverfügbarkeit als eigentumsrechtlicher Status .....	201
B. Die legislative „Bestimmung unverfügbarer Naturgüter“ .....	203
I. „Bestimmungen unverfügbarer Naturgüter“ im geltenden Umweltrecht .....	203
1. Gegenständliche Unverfügbarkeit .....	203
a) Wasser .....	203
b) Arten und Biotope .....	206
c) Naturhaushalt und Landschaftsbild .....	212
2. Keine gegenständliche Unverfügbarkeit .....	215
a) Immissionsschutz .....	215
b) Pflanzenschutz .....	217
c) Tierschutz .....	218
3. Die Feststellung gegenständlicher Unverfügbarkeit .....	219
a) Keine Feststellung allein aus dem Gesetzeswortlaut .....	219
b) Erfordernis der sprachlichen Faßbarkeit des unverfügbaren Gutes .....	220
c) Feststellungsmerkmale .....	221
4. Absolute und relative Unverfügbarkeit .....	223
II. Die legislative „Bestimmung unverfügbarer Naturgüter“ als Inhaltsbe- stimmung gemäß Art. 14 Abs. 1 Satz 2 GG .....	224
1. Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts .....	224

2. Die spiegelbildliche Entsprechung von Hervorbringung und Begrenzung des Eigentums .....	227
3. Die Ausgestaltung im „Lebensbereich“ des Art. 14 GG .....	228
4. Aussagen in der Literatur .....	229
III. Die legislative „Bestimmung unverfügbarer Naturgüter“ und das Recht der öffentlichen Sachen .....	231
1. Unverfügbare Naturgüter und die Theorie des modifizierten Privateigentums .....	231
a) Die Theorie des modifizierten Privateigentums .....	231
b) Eigentumsüberlagerung – Eigentumsausschluß .....	234
2. Nähe zum „öffentlichen Eigentum“? .....	234
a) „Öffentliches Eigentum“ .....	234
b) Positive Zuordnung – Negative Nichtzuordnung .....	238
c) Recht auf Teilhabe – Kein Grundrechtsschutz .....	239
d) Absolute Wirkung – Absolute oder relative Wirkung .....	240
e) Öffentliche Sache – Unverfügbarer Gegenstand .....	241
3. Eigenständige Bedeutung der „Bestimmung unverfügbarer Naturgüter“ zwischen „modifiziertem Privateigentum“ und „öffentlichem Eigentum“ .....	242
IV. Gegenständliche Unverfügbarkeit als materielle Wertentscheidung .....	243
C. Nach dem Perspektivenwechsel .....	244
I. Naturgüterschützendes Recht innerhalb des verfassungsrechtlichen Eigentumstatbestandes .....	244
1. Reflexartigkeit von Befugnisabspaltungen .....	244
2. Konzentration auf Zuordnungsverhältnisse .....	245
3. Ausdifferenzierung der gegenständlichen Welt .....	246
4. Beschränkung auf gegenständliche Ausklammerungen .....	247
5. Naturgüter als selbständige Gegenstände im Recht – auf dem Weg zu einer juristischen Konzeption des öffentlichen Gutes .....	247
6. Ferne und Nähe der amerikanischen „Bundle of rights“-Theorie .....	248
II. Die offenen Fragen der Dogmatik zu Art. 14 GG .....	249
1. Zur Enteignung durch „teilweise“ Entziehung eines Rechts .....	249
2. Zur Aufhebung von „Zuordnungsverhältnissen“ gemäß den Rechtsfiguren der „zugleich enteignenden Inhaltsbestimmung“ und der „Umgestaltung“ .....	252
3. Zur „Situationsgebundenheit“ des Grundeigentums .....	253

4. Zur Figur der eigentumsrechtlichen Duldungspflicht .....	256
D. Eigentumsdogmatik und die Wirklichkeitsgrundlagen des Rechts .....	259
I. Rechtsstaatlichkeit durch Ausdrücklichkeit .....	260
II. Der dogmatische Mitvollzug legislativer Abbildung der Wirklichkeit .....	262

## *Zweiter Teil*

### **Gegenständliche Unverfügbarkeit als Vorgabe an die Eigentumsausgestaltung**

<b>§ 7 Eine verfassungsrechtliche Vorgabe gegenständlicher Unverfügbarkeit:</b>	
<b>Art. 20a GG</b> .....	268
A. Die Staatszielbestimmung des Art. 20a GG .....	268
B. Die Public Trust Doctrine: Unverfügbarkeit als Vorgabe an den Staat .....	272
C. Art. 20a GG als Vorgabe der Unverfügbarkeit von Naturgütern .....	274
I. „Öffentliche Zuordnung“ und Unverfügbarkeit von Naturgütern .....	274
II. Unverfügbarkeit als materielle und als prozedurale Vorgabe an den Gesetzgeber .....	275
III. Die prozedurale Vorgabe zu unterlassen und zu handeln .....	276
D. Ergebnis .....	277
<b>§ 8 Nicht-gesetzte Vorgaben gegenständlicher Unverfügbarkeit?</b> .....	280
A. Formen nicht-gesetzter Unverfügbarkeit von Naturgütern .....	280
I. Eigentumstheoretische Unverfügbarkeit .....	280
1. Phänomenologische Nichtfaßbarkeit durch ein Eigentumsrecht? .....	281
2. Temporale Nichtfaßbarkeit durch ein Eigentumsrecht? .....	283
II. Demokratietheoretische Unverfügbarkeit .....	284
III. Ethische Unverfügbarkeit .....	287
IV. Staatstheoretische Unverfügbarkeit .....	288
V. Kognitive Unverfügbarkeit .....	290
1. Unbekanntheit eines Gegenstandes .....	290
2. Rechtssprachliche Nichtfaßbarkeit .....	291
VI. Zusammenfassung .....	292
B. Rechtliche Erheblichkeit .....	292
I. Mögliche eigentumsrechtliche Erheblichkeit nicht-gesetzter Unverfüg- barkeit .....	292
II. Transformation durch den Gesetzgeber .....	293

*Ergebnis***Eigentumsrechtliche Zuordnung  
und Unverfügbarkeit von Naturgütern**

<b>§ 9 Ergebnis in Thesen .....</b>	<b>294</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>298</b>
<b>Sachregister .....</b>	<b>329</b>

## *Einleitung*

# **Naturgüterschützende Eigentumsausgestaltung – Perspektivenwechsel**

## **§ 1 Der Blick vom Naturgut her**

Die Zahl der gefährdeten Naturgüter wächst beständig. Zunehmend bedroht sind nicht nur seit langem bekannte Naturgüter wie die atmosphärische Luft und das fließende Wasser; viele Naturgüter gelangen erst im Zeitpunkt ihrer akuten Gefährdung in den Raum der bewußten Wahrnehmung, was etwa für natürliche Biotope oder die Artenvielfalt gilt. Seinem Ordnungsauftrag entsprechend kommt dem Recht die Aufgabe zu, gefährdete Naturgüter normativ zu konturieren und ihre Nutzung und Erhaltung sachgerecht zu regeln<sup>1</sup>. Eigentumsrechtliche Ausgestaltungen sind hierbei von besonderer Bedeutung, vermittelt doch einerseits die Zuordnung eines Naturgutes als Eigentum besonders weitreichende Herrschaftsbefugnisse und zieht andererseits die beschränkende eigentumsrechtliche Regelung klare Herrschaftsgrenzen.

Zahlreiche Einzelausgestaltungen definieren diese Herrschaftsgrenzen in ihrem Wortlaut handlungsbezogen. So regelt § 1a Abs. 3 WHG, daß das Grundeigentum nicht zu erlaubnis- oder bewilligungspflichtigen Gewässernutzungen berechtigt. Beherbergt ein Grundstück schutzbedürftige Biotope und Arten, sind nach §§ 20ff. BNatSchG grundsätzlich alle Handlungen auf diesem Grundstück unzulässig, die zu einer Biotopzerstörung oder Artenvernichtung beitragen können. § 8 BNatSchG untersagt – auch an Grundeigentümer gerichtet – alle Eingriffe in Natur und Landschaft, die die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts oder das Landschaftsbild erheblich oder nachteilig beeinträchtigen können.

Wortlautnah werden derartige naturgüterschützende Eigentumsbeschränkungen regelmäßig als Abspaltungen spezifischer Handlungsbefugnisse von Eigentumsrechten interpretiert: So schmälere etwa § 1a Abs. 3 WHG das Grundeigentum „durch die Ausscheidung aller wasserwirtschaftlich bedeutsamen eigentümerischen Verfügungs-

---

<sup>1</sup> Grundsätzlich hierzu auch *Zacher*, *Erhaltung und Verteilung der natürlichen Gemeinschaftsgüter*, S. 109f.



und Nutzungsbefugnisse“<sup>2</sup> und bewirke eine „generelle Abspaltung einer Befugnis aus einem (zunächst) umfassenderen Eigentumsrecht“<sup>3</sup>.

Vor dem Hintergrund und im Unterschied zu dieser regelmäßigen, „befugniszentrierten“ Auslegung fallen zunehmend Gesetzesinterpretationen auf, denen zufolge die Normwirkungen einzelner Eigentumsausgestaltungen „von den jeweils geschützten Naturgütern her“ zu bestimmen sind: Hiernach nehme § 1a Abs. 3 WHG „das Grundwasser aus dem Grundrechtstatbestand heraus“ und unterstelle es „einer öffentlich-rechtlichen Benutzungsordnung, dem Sonderregime des Wasserhaushaltsrechts, das unabhängig vom privatrechtlichen Eigentum“ bestehe; im Zuge der „neueren Rechtsentwicklung“, die „Sektoren der natürlichen Lebensgrundlagen von vornherein dem Schutzbereich des Eigentums“ entziehe, werde das Grundwasser durch eine „negative Inhaltsbestimmung ... aus dem Schutzbereich des Grundrechts [herausdefiniert]“<sup>4</sup>.

Es stellt sich die Frage nach der Bedeutung dieser „naturgutzentrierten“ in Abgrenzung zur „befugniszentrierten“ Norminterpretation. Die der „naturgutzentrierten“ Interpretation eigene Konzentration auf die Schutzgüter legt die Annahme nahe, daß der Gesetzgeber – trotz des oftmals handlungsbezogenen Normwortlauts – die Eigentumsordnung mitunter von denjenigen Bereichen der Außenwelt her ausformt, die eigentumsgegenständlich gerade nicht zugeordnet sein sollen. Um der Existenz einer solchen Regelungsform intensiver nachgehen zu können, ist das Bild einer legislativen Eigentumsausgestaltung „von den geschützten Naturgütern her“ zunächst rechtsbegrifflich weiter zu konkretisieren.

Die Grenzen der eigentumsrechtlichen Zuordenbarkeit von Naturgütern behandelt auch die im römischen Recht wurzelnde und heute vor allem im amerikanischen Recht beheimatete Public Trust Doctrine, derzufolge einzelne Naturgüter unverfügbar („inalienable“) der Allgemeinheit zugewiesen sind. Ein Treuhandverhältnis, ein Trust, besteht hinsichtlich der Verwaltung dieser Güter zwischen der Allgemeinheit als Treugeber und dem Staat als Treuhänder. Unter Bezugnahme auf das amerikanische Rechtsinstitut ist zu erwägen, ob der Gedanke einer gegenständlichen Unverfügbarkeit von Naturgütern zur weiteren rechtsbegrifflichen Konkretisierung der „naturgutzentrierten“ Eigentumsausgestaltung dienlich sein kann, ob der Gesetzgeber mithin durch die Ausklammerung einzelner Güterkategorien aus dem Bereich der Eigentumsgegenständlichkeit deren Unverfügbarkeit bestimmt. Die Untersuchung verschiedener naturgüterschützender Regelungen wird eine differenzierende Betrachtungsweise angezeigt erscheinen lassen, was wiederum die Ausarbeitung von Kriterien zur Feststellung erfordert, in welchen Fällen von einer legislativen Bestimmung gegenständlicher Unverfügbarkeit auszugehen ist.

<sup>2</sup> *Wendt*, Art. 14, Rdnr. 61.

<sup>3</sup> *Wendt*, Eigentum und Gesetzgebung, S. 215.

<sup>4</sup> *Isensee*, Die Ambivalenz des Eigentumsgrundrechts, S. 14f.

Der dogmatische Mitvollzug legislativer Bestimmungen eigentumsgegenständlicher Unverfügbarkeiten von Naturgütern rückt letztere selbständig in das Blickfeld, kann damit zu einer genaueren Definition der jeweils geschützten naturgüterbezogenen Gemeinwohlbelange beitragen<sup>5</sup> und hierdurch „Rechtsstaatlichkeit durch Ausdrücklichkeit“ fördern. Dies wiederum ist ein Schritt auf dem Weg zu einer – „bislang wenig konturenscharfen“<sup>6</sup> – Theorie der öffentlichen Güter im Recht. Auch dem rechtsstaatlichen Gebot sachgerechter Normierungen<sup>7</sup> kann durch die verstärkte legislative Bezugnahme auf die gegenständliche Welt und durch den dogmatischen Mitvollzug dieser Bezugnahme entsprochen werden.

Einer „kopernikanischen Wende“ im Bereich des grundrechtlichen Schutzes der Naturgüternutzung<sup>8</sup> wird hierdurch, dies sei betont, kein Vorschub geleistet, handelt die Untersuchung doch nicht vom materiellen, insbesondere objektiv-rechtlichen Schutzgehalt des Art. 14 GG, sondern verfolgt sie vielmehr allein das Ziel, den Art. 14 GG zugrundeliegenden Tatbestand des verfassungsrechtlichen Eigentums an Naturgütern nachzuzeichnen. Verdeutlicht werden soll, daß sich der Gesetzgeber bei jeder Eigentumsausgestaltung im Bereich des Umweltrechts auf Strukturen der Außenwelt bezieht, und daß auch Art. 14 GG – trotz der „Rechtsgeprägtheit“ allen ausgestalteten Eigentums<sup>9</sup> – einen gegenständlichen Lebensbereich<sup>10</sup> hat, aus dessen Mitte der verfassungsrechtliche Schutzbereich normativ herausgehoben wird. Dieser Schutzbereich läßt sich nicht nur „von innen her“, durch die Bezeichnung eigentumsfähiger Güterkategorien, sondern auch „von außen her“, durch die Bestimmung eigentumsrechtlich unverfügbarer Gegenstände, abstecken. Die Eigentumsgegenständlichkeit und die gegenständliche Unverfügbarkeit sind hiernach zwei komplementäre eigentumsrechtliche Status von Güterkategorien.

Der Arbeit liegt die Prämisse zugrunde, daß dem – auch die verfassungsrechtliche Eigentumsdogmatik beherrschenden – auf Art. 2 Abs. 1 GG hin ausgerichteten „Autonomiedenken“ ein „Güterdenken“ vorausgeht<sup>11</sup>. Die Autonomie eines jeden Menschen manifestiert sich unausweichlich innerhalb der ihn umgebenden Güterwelt,

<sup>5</sup> Eine solche Definition vermißt *Leisner*, „Abwägung überall“ – Gefahr für den Rechtsstaat, S. 639; auch *ders.*, Eigentumsschutz – im Naturschutzrecht eine Ausnahme?, S. 783.

<sup>6</sup> *Kloepfer*, Umweltrecht, S. 17, Fußn. 71.

<sup>7</sup> Zum Gebot der Sachgerechtigkeit *Kirchhof*, Der allgemeine Gleichheitssatz, S. 847ff., Rdnr. 25ff. sowie S. 924ff., Rdnr. 194ff.; *ders.*, Die Verschiedenheit der Menschen und die Gleichheit vor dem Gesetz, S. 13.

<sup>8</sup> Hierzu grundsätzlich *Ossenbühl*, Umweltschutz und Gemeinwohl in der Rechtsordnung, S. 306.

<sup>9</sup> *Kirchhof*, Rechtsquellen und Grundgesetz, S. 73; *Nierhaus*, Grundrechte aus der Hand des Gesetzgebers?, S. 83.

<sup>10</sup> Allgemein hierzu *Pieroth/Schlink*, Grundrechte, S. 57, Rdnr. 212.

<sup>11</sup> Ebenso *Vollrath*, Ist das Recht auf Eigentum als ein Menschenrecht zu begründen?, S. 110f.; vgl. auch v. *Nell-Breuning*, Gerechtigkeit und Freiheit, S. 202f.; *Angehrn*, Besitz und Eigentum, S. 94ff.